

# IPPNW JAHRESTREFFEN / MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2012

Braunschweig, 20. bis 22. April 2012

## Beschlüsse



### 1 Satzungsändernder Antrag

Die Mitgliederversammlung beschließt:  
§ 2 Zweck, Aufgaben, Gemeinnützigkeit

Pkt. 3 ist um den Satz: „Der Verein verfolgt die gemeinnützigen Zwecke Förderung der Bildung sowie Förderung des Völkerverständigungsgedankens.“ zu ergänzen.

Pkt. 4 Satz 2 ist der Passus „ ... Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen“ ersatzlos zu streichen, sodass Satz 2 nunmehr lautet:  
“Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.“

Pkt 5 ist neu zu fassen und lautet nunmehr:

„Bei der Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für Förderung der Bildung oder Förderung des Völkerverständigungsgedankens.“

### § 3 Mitgliedschaft

Pkt. 2, Satz 1 ist um c) zu ergänzen und heißt nunmehr:

Natürliche Personen, die die in Ziffer 1 a), b) und c) gekennzeichneten persönlichen Qualifikationen nicht erfüllen sowie juristische Personen können als fördernde Mitglieder in den Verein aufgenommen werden.

### 2 Resolution zur Friedenspolitik

Die schrecklichen Kriegseskalationen der letzten 11 Jahre, von Afghanistan über Irak bis Libyen, haben in den betroffenen Regionen Hunderttausenden von Menschen das Leben gekostet, ganze Landstriche verwüstet und chaotische, völlig der Willkür ausgelieferte gesellschaftliche Zustände produziert. Wesentliche Verantwortung hierfür ist ökonomischen Interessen anzulasten, dem „militärisch-industriellen Komplex“, vor dem schon US-Präsident Eisenhower gewarnt hat, und der gerade in unseren westlichen, in der NATO vereinigten Staaten eine bedrohliche Machtzusammenballung darstellt.

Die Sicherung wirtschaftlicher Interessen durch militärische Gewalt ist eine zutiefst destruktive, in die Gefährdung von Demokratie und Humanität führende Fehlentwicklung, der wir uns mit allen politischen und zivilgesellschaftlichen Mitteln

widersetzen. Wir brauchen eine strukturell friedensfähige Gesellschaft, die auf rücksichtslos profitorientierte „neoliberale“ Globalisierung verzichtet. „Lernziel Solidarität“ (H-E. Richter), das Bewusstsein der gegenseitigen Abhängigkeit und der gemeinsamen menschlichen Grundinteressen auf diesem immer enger vernetzten Globus bleibt dagegen unsere Orientierung - hin zu einem grundsätzlichen Wandel, innergesellschaftlich und im Zusammenleben der Nationen.

„Divide et impera“, „teile und herrsche!“ war schon seit den Zeiten des römischen Imperiums die Devise, wenn es um Vorherrschaft ging. Ausgrenzung und rassistische Diskriminierung sind noch immer propagandistische Mittel, um Herrschaft und wirtschaftliche Privilegien zu sichern. Anspruch auf Gleichheit der Rechte aller Menschen als einer Grundlage für nachhaltigen Frieden wurde vernachlässigt. Heute wird versucht, insbesondere die Angst vor dem Islam und vor den Armutsflüchtlingen Afrikas für Militarisierung und für die Legitimation globaler NATO-Militäreinsätze zu instrumentalisieren.

Die deutsche IPPNW bekräftigt demgegenüber ihr Engagement auf wichtigen Feldern sowohl der präventiven Friedenspolitik, als auch der Aufklärung über die zerstörerischen Folgen militärischer Gewalt.

- Wir fordern, endlich Ernst zu machen mit der Verpflichtung aus dem Atomwaffensperrvertrag zu umfassender Abrüstung der Nuklearwaffenarsenale. Von der deutschen Bundesregierung erwarten wir den Verzicht auf die „nukleare Teilhabe“, und den Abzug der immer noch in Deutschland stationierten US-Atombomben. Es darf keine Stationierung eines „Raketenabwehrsystems“ in Deutschland geben, denn dies würde nur eine neue Runde im gefährlichen und ressourcenvergeudenden Rüstungswettlauf bedeuten
- Wir fordern ein Ende der westlichen Militärinterventionen von Irak, Libyen bis Afghanistan, das Verbot militärischer Eingriffe in Syrien, Verhandlungen im Israel-Iran Konflikt und strikte Ablehnung israelischer und/oder US-amerikanischer Bombardierung. Wir verlangen Respekt für das Völkerrecht und die Selbstbestimmung der Nationen, das gilt auch für das palästinensische Volk.
- Unterdrückte Menschenrechte in anderen Nationen können und dürfen nicht Anlass für imperiale Militäreinsätze sein, die ihrerseits zu schwersten Opfern und Menschenrechtsverletzungen führen, besonders unter der Zivilbevölkerung..
- Gewaltfreie Konfliktlösungen und Respektierung der Menschenrechte sind für uns als ärztliche Friedensbewegung unverzichtbare Ziele und Voraussetzung einer friedlichen Welt.
- Das Bewusstsein und Praktizieren internationaler Verbundenheit auf der Ebene des Engagements der Bürger für Migranten und für die Rechte von Flüchtlingen ist ferner ein essenzieller Teil von Friedensarbeit, wie wir sie

Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges,  
Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW), Körtestr. 10, 10967 Berlin, [www.ippnw.de](http://www.ippnw.de)

verstehen. Es ist schändlich, dass ein ökonomisch so reiches Land wie Deutschland mit allen Mitteln daran arbeitet, sich gegenüber Flüchtlingen aus den Kriegs- und Elendsgebieten der „Dritten Welt“ abzuschotten.

- Als ebenso schändlich empfinden wir es, dass unser Land zum drittgrößten Exporteur von Kriegswaffen weltweit geworden ist. Wir werden einen Schwerpunkt unserer Aktivitäten 2012 und 2013 auf die Aufklärung und die Mobilisierung der Öffentlichkeit gegen dieses Geschäft mit dem Tod legen.
- Unser Ziel muss es sein, das Versprechen der UN-Charta aus dem Jahr 1948 zu verwirklichen: den Krieg als eine „Geißel der Menschheit“ zu überwinden. Deutschland wird von keinem anderen Staat militärisch bedroht: wir müssen die Frage aufwerfen, ob unser Land wirklich eine hochgerüstete Armee mit über zweihunderttausend Soldaten benötigt. Konsequente Abrüstung und eine engagierte Friedenspolitik wären wirkungsvollere Maßnahmen für die Sicherheit der Nationen, auch der Bürger unseres Landes.

Als ÄrztInnen und PsychotherapeutInnen sind wir der körperlichen und seelischen Gesundheit unserer PatientInnen und MitbürgerInnen verpflichtet.

Die Arbeit in der IPPNW bleibt für uns ein Beitrag, dieser Verpflichtung nachzukommen: indem wir präventiv und kurativ der Geißel der Menschheit entgegenwirken.

### **3. Antrag**

Die IPPNW-Mitgliederversammlung beschließt: "Krieg als Mittel der Politik ist zu ächten!"

### **4. Präzisierung der Globalziele der IPPNW**

Die Globalziele der deutschen IPPNW werden präzisiert. Die Formulierung

"Über Kriegsursachen und die psychosoziale Funktion des Krieges aufklären"  
wird ersetzt durch

„Über die politischen, psychosozialen und ökonomischen Kriegsursachen wie Hegemonialstreben und neoliberale Globalisierung, Nationalismus, Feindbilder und Psychotraumatisierung aufklären und sich anhand dieser Erkenntnisse für die Verhütung von Kriegen engagieren“

### **5. Nein zur Atalanta-Mission**

Die Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW e.V.) fordern die Mitglieder des deutschen Bundestags auf, bei der anstehenden Abstimmung über die Mandatsverlängerung und -erweiterung der Atalanta-Mission mit Nein zu stimmen.

Die IPPNW befürchtet, dass mit der Erweiterung des Einsatzes auf eine Zwei-Kilometerzone auf Land verheerende Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung

drohen. Die Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, ihrem Gewissen zu folgen: Sie müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein, dass gerade deutsche Hubschrauber zu Einsätzen gegen Ziele an Land kommandiert werden können.

Statt einem fortgesetzten Militäreinsatz fordert die IPPNW für das durch Bürgerkrieg destabilisierte Land eine wirksame Unterstützung der notleidenden Bevölkerung wie z.B. effektive Maßnahmen gegen das Leerfischen somalischer Gewässer durch fremde Flotten. Dies hat dazu geführt, dass somalische Fischer ihre Existenzgrundlage verloren und sich dem kriminellen Geschäft der Seeräuberei zugewendet haben.

## **6. Bundesregierung soll ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommen**

Die Deutsche Sektion der IPPNW-Ärzte in sozialer Verantwortung fordert die Bundesregierung auf, ihren internationalen menschenrechtlichen und vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen, um besonders schutzbedürftigen Personen, wie traumatisierten Flüchtlingen, begleiteten und unbegleiteten Minderjährigen und ehemaligen Kindersoldaten die frühzeitige psychosoziale, psychotherapeutische und rehabilitative Versorgung einschließlich eines sicheren Schutzes zu garantieren. Die dafür notwendigen Rahmenbedingungen sind zu schaffen.

Insbesondere sollten die Empfehlungen des UN –Antifolter Ausschusses vom November 2011 dringlich umgesetzt werden.

Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, die Bundesärztekammer durch geeignete Maßnahmen unterstützend für unsere Forderungen zu gewinnen und bei der Bundesregierung zu intervenieren.

## **7. Das Thema „Gesundheit für alle“ ist die IPPNW-Agenda aufzunehmen**

Die Mitgliederversammlung der deutschen IPPNW beschließt, dass das Thema „Gesundheit für alle“ in die Agenda aufgenommen wird und einen Rahmen für die bisher bestehenden Projekte im Bereich der Sozialen Verantwortung sowie für neue Ideen und Projekte bildet.

## **8. Drohender Irankrieg**

Am Schluss des Jahrestreffen bestätigten die Teilnehmer per Akklamation: folgende Forderungen an die deutsche Bundeskanzlerin:

- Schließen Sie jede Beteiligung Deutschlands an einem Krieg gegen den Iran öffentlich aus!
- Stoppen Sie die Eskalation der Sanktionen gegen das Land, da sie vor allem die Zivilbevölkerung treffen und nach allen bisherigen Erfahrungen eher zur

Verhärtung der Fronten und gewaltsamen Zuspitzung als zu einer Lösung des Konflikts führen werden!

- Unterstützen Sie – möglichst gemeinsam mit weiteren EU-Regierungen – das Zustandekommen der von der UN für 2012 beschlossenen Konferenz für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone in Nahmittelost und sorgen Sie dafür, dass dieser wichtige Ansatz zur Schaffung gemeinsamer Sicherheit endlich auch öffentlich wahrgenommen wird!
- Beenden Sie die milliardenschweren Lieferungen deutscher Kriegswaffen in die konfliktaufgeladene Region – einschließlich der atomwaffenfähigen Dolphin-U-Boote an Israel und der Leopardpanzer an Saudi-Arabien!
- Unterstützen Sie alle Bestrebungen in Richtung einer KSZMNO (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten) – also eines umfassenden Dialogprozesses in der Region nach dem Vorbild der KSZE!